

LEITARTIKEL



Von Gordon Repinski

Mit Trump hat G 20 wenig Sinn

Donald Trump ist, da ist auch der Superlativ nicht weit. Ein „großer Tag für die Welt“ sei sein Besuch in Nordkorea am Sonntag gewesen, hieß er wissen. Angekündigt hatte er den besonderen Programmpunkt einen Tag zuvor über Twitter, und tatsächlich schien alles recht ungeplant zustande gekommen zu sein. Frieden und ein dauerhaft atomwaffenfreies Nordkorea wird die große Show im Grenzgebiet freilich nicht bringen, der Tag dürfte bald auf Normalgröße schrumpfen. Wie schnell Trumps und Kims scheinbare Freundschaft an ihre Grenzen stößt, konnte man beim letzten Aufeinandertreffen der beiden beobachten: Als sie im Frühjahr in Vietnam über die Denuklearisierung Nordkoreas verhandelt haben, sind die Gespräche krachend gescheitert. Trumps Trash-Diplomatie fand ihre Grenzen. Seitdem herrscht Stillstand. Trump dürfte es egal sein. Die Gespräche mit Nordkorea sind das außenpolitische Feigenblatt des Präsidenten. Dabei ist Trump nicht einmal ein Falke, seine außenpolitische Doktrin ist das Desinteresse. Die irrationale Annäherung an den nordkoreanischen Diktator, der vor kurzer Zeit den US-Studenten Otto Warmbier wegen eines mitgenommenen Posters so hat foltern lassen, dass dieser starb, soll den anderen Trump zeigen: Seht her, ich kann auch Frieden.



Die einst großen Foren der Diplomatie verlieren mehr und mehr an Macht.

Zugleich wollte der US-Präsident mit seiner Visite noch einmal unter Beweis stellen, wie sehr er auf alte Muster der Diplomatie pfeift. Trump reiste direkt vom G-20-Gipfel in Japan nach Korea. Er verachtet die trägen Verhandlungen der 20 mächtigsten Länder der Welt, ihre Communiqués und Formulierungen. Sein Motto: Solange die USA das mächtigste Land der Erde sind, stören Kooperationen nur. Der G-20-Gipfel sollte die Europäer zum Nachdenken bringen. Obwohl er mit Beschlüssen etwa zu Klima-, Handels- und Stahlpolitik sogar etwas besser als erwartet ausgegangen ist, muss das Format überdacht werden. Es hat keinen Sinn, sich mit einem Präsidenten Trump über Klimafragen auszutauschen, selbiges und noch mehr für Saudi-Arabiens Kronprinzen Mohammed bin Salman. Europa glaubt noch immer an die Kraft langsamer Diplomatie. Tatsächlich ist sie als Werkzeug nicht hoch genug einzuschätzen, viele Jahre war sie Frieden erregend. Aber die Foren, in denen sich angegangen wird, verlieren mehr und mehr an Macht. Die UN sind politisch entmachtet, die Weltgesundheitsorganisation WHO ohnehin. Die EU ist in der Krise. Eine gestärkte deutsch-französische Achse wäre eine gute Antwort auf die Spiele jenseits des Atlantiks. Felder, in denen eine solche Initiative gebraucht würde, gibt es zahlreiche: etwa die Ukraine, Klimapolitik, Militärkooperationen. Die Zeiten werden unruhiger, und langsame Antworten auf Krisen können wir uns vielleicht schon bald nicht mehr erlauben.

KOMMENTAR



Von Marina Korbak

Europa schaut weg

Eine Schiffskapitänin rettet 40 Menschen vor dem Ertrinken, steuert nach Wochen des Darbens auf hoher See einen Hafen an – und wird dafür bestraft. Sicherlich: Die Kapitänin Carola Rackete hatte keine Genehmigung, den Hafen anzusteuern, sie handelte also illegal. Dennoch offenbart die Festnahme der Frau nicht die kriminelle Energie einer Kapitänin, sondern vielmehr die Kälte, Brutalität und Unrechtmäßigkeit, die sich Europas Politiker im Umgang mit Geflüchteten erlauben. Rackete hat in dieser dunklen Nacht zu Samstag Europa einen Spiegel vorgehalten. Der Anblick ist zum Schönen. Italiens rechter Innenminister Salvini, stolzer Katholik, missachtet beides: das christliche Gebot der Nächstenliebe ebenso wie das internationale Recht. Dieses verpflichtet zur Seenotrettung. Mit Salvinijs Lega-Partei in der Regierung driftet Italien weit weg von jenen Werten, die Europas Politiker in ihren Sonntagsreden so gern beschwören. Und doch macht es sich zu leicht, wer alle Schuld am Drama um die Kapitänin Rackete in Rom sieht. Seit Jahren helfen sehr viele Italiener den Ankommenden aus Afrika, wo sie nur können. Allein aber kann Italien – ebenso wenig wie Griechenland oder auch Spanien – die Migration übers Mittelmeer nicht bewältigen. Ganz Europa ist gefordert. Aber Europa schaut weg. Erst an Bord von Rettungsschiffen wie der „Sea-Watch 3“ werden die Leidenden für uns sichtbar. Die umgehende Kriminalisierung der Retter und Geretteten soll abschrecken, sie soll aber auch das schlechte Gewissen des Publikums entlasten. Sterben lassen ist okay, aber retten wird bestraft? Das kann, das darf Europa nicht wollen.

Von Susanne Iden

Jeder Vermittlungsversuch ist gescheitert. Das Treffen des Iran-Beauftragten der USA mit hochrangigen Diplomaten Frankreichs, Deutschlands und Großbritanniens am Donnerstag. Das Treffen des iranischen Vizeaußenministers mit den europäischen und russischen Vertragspartnern in Wien am Freitag. Der Gipfel der Staats- und Regierungschefs in Osaka am Samstag. Egal, wer mit wem über die Iran-USA-Krise spricht, er kommt nicht weiter. Vor einem guten Jahr hat US-Präsident Donald Trump das internationale Atomabkommen mit dem Iran gekündigt. Ziel des Vertrags war es, die Islamische Republik vom Bau von Atombomben abzuhalten. Der Iran hat sich – so jedenfalls erst Ende Mai wieder die Einschätzung der Internationalen Atomenergiebehörde in Wien – an die Auflagen des Vertrags gehalten. Trump wollte trotzdem nachverhandeln. Seither scheinen beide Seiten in einem Teufelskreis gefangen: Die USA haben extrem scharfe Sanktionen verhängt, der Iran hat eine US-Drohne abgeschossen, droht jetzt selbst damit, den Atomvertrag auszuhebeln. Dann müssten sich auch Europäer und Russen von Teheran abwenden. Ist die Frage über Krieg und Frieden längst entschieden? Fragen an den Schriftsteller und Dissidenten Amir Cheheltan in Teheran.

Herr Cheheltan, wie ist in diesen Tagen die Stimmung in Teheran? Sehr angespannt.

Weil die Menschen Angst haben, dass US-Präsident Trump seine Drohung wahr macht und den Iran angreift? Nein. Die meisten Menschen nehmen diese Drohung ziemlich gleichgültig zur Kenntnis. Wenn überhaupt. Die Iraner sind derzeit voll damit beschäftigt, auch nur ihren Alltag zu bewältigen. Die wirtschaftliche Situation ist wegen der US-Sanktionen dramatisch. Die Weltmittelpreise haben sich innerhalb eines Jahres vervieelfacht, teilweise um 100, 200 Prozent. Jeder Tag ist eine enorme Herausforderung, dann kommen sich die Leute, ins wirtschaftliche Überleben stecken sie all ihre Kraft.

Das heißt, es gibt keine öffentliche Diskussion darüber, dass es Krieg mit den USA geben könnte? Doch – aber nicht so, wie Sie es sich vorstellen. Wir haben zwei Kategorien von Medien im Iran: die offiziellen, vom Staat gelenkten und die sozialen Medien. Die Staatsmedien berichten ständig über den Konflikt mit den USA und über die gegenseitigen Anschuldigungen. Vor allem aber sind sie voll von Propaganda gegen das „geistig zurückgebliebene“ Weiße Haus, gegen die USA als den größten aller Feinde und rufen die Iraner zum Widerstand auf.

Und wie reagieren die sozialen Medien der Jüngeren – Bürger? Die berichten weniger über die militärische Bedrohung. Sie kritisieren die Inflation, die Preissteigerungen, den Mangel an Freiheit, Zusammenstöße mit der Sittenpolizei, den Zustand des Landes im Inneren. Die Mehrheit der Iraner ist gelangt von ihren persönlichen Sorgen. Sie verstehen die Ernsthaftigkeit der amerikanischen Drohungen nicht. Das beunruhigt mich sehr.

Oder sind die Leute einfach so an das Feindbild Amerika gewöhnt? Nein, im Gegenteil. Das finde ich gerade sehr interessant: Die jungen Iraner zeigen in der Wirtschaftskrise vor allem mit dem Finger auf ihre eigene Regierung. Was ist mit der Korruption, der Misswirtschaft, der Geldwäsche? Ständig hören wir davon. Und viele sind frustriert, dass die Mullahs nicht klug genug sind, um in 40 Jahren auch mal Differenzen mit den Amerikanern wegzuverhandeln. Das sind die Punkte, über die viele Leute in sozialen Medien reden.

Wie schätzen Sie persönlich die aggressive Rhetorik zwischen Washington und Teheran ein? Viele in meiner Umgebung, mich eingeschlossen, fürchten, dass die



„Iran und USA – beide verrückt“

Ist der fragile Frieden noch zu retten? Der Dissident und Schriftsteller Amir Cheheltan über die Anspannung in Teheran, über die Kriegsdrohung der USA – und darüber, dass die Sanktionen den Widerstand gegen das Mullah-Regime töten.

Krise mit den USA eskaliert. Ein Missgeschick, ein Fehler kann zum Krieg führen, denn beide Seiten sind verrückt. Da gibt es eine Parallele zum Iran-Irak-Krieg der Achtzigerjahre: Saddam Hussein war einer der verrücktesten Männer der Welt. Der Iran hatte viele Signale von ihm bekommen, dass er bereit sei, einen Krieg zu beginnen. Aber die Regierung in Teheran hat nichts getan, um diesen Krieg zu verhindern.

Die Geschichte wiederholt sich? Im Moment stecken wir in einem Dilemma: Verhandlungen oder Krieg, ich sehe keine andere Alternative. Der Atomvertrag war eine gute Grundlage für weitere Gespräche, aber Trump hat ihn aufgekündigt. Das hat die Grundla-

Amir Cheheltan, geboren 1956 in Teheran, studierte Elektrotechnik im Ersten Golfkrieg diente er als Soldat. Seither kämpft er für das Recht auf freie Meinungsäußerung. Seine Romane sind im Iran verboten. Er hat mit Stipendien in Italien und in Berlin gearbeitet. FOTO: WOLFGANG KUMM/DPA



Würde Ihre Regierung einen Angriff der USA womöglich begrüßen? Zumindest ein Teil der Regierung würde das wohl tun. Möglicherweise sehen sie da einen Ausweg, um den massiven internen Problemen zu entkommen. Aber ich denke, die mehr Moderaten, die Liberalen und die Reformen innerhalb des Regimes sind wirklich in großer Sorge. Das sieht man auch daran, dass gerade eine Gruppe von Reformern einen offenen Brief an den UN-Generalsekretär geschrieben hat. Darin fordern sie ihn auf, die USA zu stoppen. Aber: Die Propaganda weiß genau, wie sie Menschenmassen gegen den großen Feind von außen mobilisieren kann. Der Iran-Irak-Krieg hat damals die Demokra-



Friedenstaube oder Todesgeier? An die Mauern der ehemaligen amerikanischen Botschaften an die USA – und ihre eigene Regierung. FOTO: IMAGO IMAGES

tiebewegung gestoppt, und das Mullah-Regime hat am meisten davon profitiert. Es hat politische Gruppen unterdrückt, die gesamte freie Presse verboten im Angesicht des äußeren Feindes. Das wiederholt sich jetzt: Das Regime versucht, gegen äußere Feinde zu mobilisieren und das Volk auf die Islamische Republik einzuschwören.

Und das funktioniert? Nicht wirklich. Das gehört zu den Widersprüchlichkeiten im Iran. Unter der Asche glüht nach zehn Jahren immer noch das Feuer der Grünen Revolution von 2009. Wenn Sie jetzt nach Teheran kämen, Sie würden es nicht wiedererkennen. Der zivile Ungehorsam der Frauen in den Straßen ist überall zu sehen. Viele tragen gar kein Kopftuch mehr, nur einen Schal um die Schultern. Vielleicht ist das die Reaktion der Frauen auf die kritische Lage, in der sie und ihre Familien sich befinden. Und die Regierung wagt es nicht, sie dafür anzugreifen, zu hart zu kontrollieren oder sie sogar zu bestrafen. Denn die Leute sind inzwischen so weit, dass schon ein kleiner Funke eine Revolte auslösen kann. Noch einmal: Der wirtschaftliche Druck ist in 40 Jahren nicht so gewaltig gewesen wie jetzt.

Sie sehen das als ernsthafte Gefahr? Der Iran ist sehr fragil. Jede Attacke der übermächtigen USA wird das Land ins Chaos stürzen. Die Leute sind nicht glücklich mit der Regierung. Aber wenn diese Regierung geschwächt oder gestürzt wird, wird ein Vorteil aus der Situation schlagen? Wer holt sich die Macht, wenn nicht eine friedliche Transformation, sondern eine Militäraktion von außen die Islamische Republik kollabieren lässt? Das ist die Frage, die Leute wie mich umtreibt.

Zugleich provoziert Teheran seinerseits gezielt. Die Atomenergiebehörde hat verkündet, die im Atomvertrag festgelegte Höchstmenge von angereichertem Uran erstmals wieder zu überschreiten. Was soll das? Ich denke, sie wollen die Europäer zwingen, etwas wegen der Sanktionen niedergeschlagen werden. Ich glaube nicht, dass Druck von außen den

Iranern helfen wird, Demokratie und Freiheit zu erlangen. Denn mehr als irgendeine andere Gruppe leidet die Mittelklasse – das aber ist genau die Schicht, die für den Wandel in diesem Land arbeiten kann und will. Wenn die Sanktionspolitik der USA so weitergeht, dann fallen schon bald mehr als 50 Prozent der Bevölkerung unter die Armutsgrenze.

Und das bedeutet, ... dass diese Klasse keine Kraft mehr für politische Aktivitäten hat. Sanktionen töten die demokratische Bewegung der Iraner.

Wenn diese Regierung geschwächt oder gestürzt wird, wer holt sich dann die Macht? Amir Cheheltan über die Folgen eines gewaltsamen Umsturzes von außen

Dann ist es vielleicht doch richtig, dass Trump diesen Druck durch verschärfte Sanktionen noch verstärkt? Es ist zynisch – denn eine Revolte würde, wie vor zehn Jahren, brutal für Gespräche gibt, dann gehört aller Raum der Gewalt.

Zähes Ringen auf dem G-20-Gipfel: Klima, Freihandel und ein Burgfrieden

Es war schon von einem „Gipfel des Stillstands“ die Rede. Doch trotz Enttäuschungen gab es auf dem zweitägigen Gipfel in Osaka auch bedeutende Vereinbarungen. ■ Klima: Hier steht es weiterhin 19 zu 1: Die USA bekräftigen ihren Ausstieg aus dem Pariser Klimaschutzabkommen aus Rücksicht auf ihre Wirtschaft, während die anderen Staaten die Klimaschutzziele umsetzen wollen. ■ Welthandel: Das zweite Jahr in Folge gibt es im Kommunikative kein Erkenntnis gegen „Protektionismus“ oder „unfaire Handelspraktiken“ wie noch 2017 in Hamburg unter deutscher G-20-Präsidentenschaft. Die G-20-Länder wollen nur ihre „Märkte offenhalten“. ■ Handelskrieg: Die USA und China vereinbarten einen Burgfrieden und eine Wiederaufnahme der Verhandlungen zur Beilegung

leichterungen zu verschaffen. Die Methode ist allerdings zweifelhaft. Ich weiß, dass die Europäer nicht viel gegen die Amerikaner tun können. Obwohl eine Lockerung der Sanktionen die Wirtschaft im Iran stärken und damit den Menschen wieder mehr Spielraum geben würde, ihre eigene Regierung mit ihrem Zorn zu konfrontieren.

Wie viel Konfrontation können Sie selbst sich als Intellektueller und Dissident denn noch leisten? Der Druck auf Autoren ist so hoch wie immer, die Zensur ist sehr scharf. Ich habe meine eigenen Beschränkungen, mit wem ich mich wo und wann treffen kann. Meine Bücher, die ich in vielen Sprachen und Ländern veröffentlicht habe, sind nie in meiner Muttersprache erschienen. Sie sind im Iran immer noch verboten. Die Dissidenten des Iranian Writers Center können sich öffentlich nicht treffen. Jüngst sind drei Schriftsteller zu Haftstrafen verurteilt worden wegen „Propaganda gegen den Staat“. Aber wissen Sie, es macht die Leute nur wütender, sie wollen in all dem Elend wenigstens etwas mehr Freiheit.

Woher nehmen Sie den Mut, so offen mit einer Journalistin zu sprechen? Kennen Sie keine Angst? Wenn die Lage so ernst ist wie jetzt, fragen Sie am besten niemals einen Schriftsteller mit großer Vorstellungskraft, ob er Angst hat oder nicht. Natürlich hat er sie! Aber wenn wir die Angst bannen wollen, müssen wir über ihre Quellen reden.

neue Verschmutzung durch Plastik verhindern. Das Ziel soll durch verbesserte Müllbehandlung und innovative Lösungen erreicht werden. ■ Steuer: Der Kampf gegen Verschlebung oder Vermeidung von Steuern wird ausgeweitet. Die G-20-Länder sprechen sich für die Einführung einer Mindeststeuer für internationale und digitale Unternehmen wie Google und Facebook aus.

neue Verschmutzung durch Plastik verhindern. Das Ziel soll durch verbesserte Müllbehandlung und innovative Lösungen erreicht werden. ■ Steuer: Der Kampf gegen Verschlebung oder Vermeidung von Steuern wird ausgeweitet. Die G-20-Länder sprechen sich für die Einführung einer Mindeststeuer für internationale und digitale Unternehmen wie Google und Facebook aus.

Stelldichein beim „Raketenmann“

Sanktionen für Iran, Lobhudeleien für Nordkorea: Trump übererschreitet eine gefährliche Grenze

Von Karl Doemens

Washington. Die Szene dauerte nur eine Minute. „Es ist schön, Sie wiederzusehen“, sagte der nordkoreanische Machthaber Kim Jong Un. „Ich hätte Sie hier niemals erwartet.“ Freundlich schüttelte Donald Trump seine Hand. Dann betrat er am Sonntagnachmittag als erster US-Präsident im Amt nordkoreanischen Boden. Zwanzig Schritte legte er an der Seite des Diktators zurück, bevor er sich umdrehte und staatsmännisch in die Kamera schaute. „Das ist historisch. Das ist ein großer Tag für die Welt.“ Es war vor allem ein perfekter Moment für den früheren Reality-TV-Star Trump. Mit einer Twitter-Nachricht hatte er die Begegnung angeblich erst am Vortag initiiert. Er sei auf dem Weg nach Südkorea, schrieb er. „Falls Chairman Kim das liest – ich würde ihn an der Grenze treffen, nur zum Handschütteln und um Hallo zu sagen.“ Das Zusammentreffen, bei dem die beiden Politiker die Wiederaufnahme ihrer Gespräche über ein Atomabkommen vereinbarten, wurde live in die ganze Welt übertragen. Trotzdem klagte Trump, seine Erfolge würden von den Medien zu wenig würdigt.

Die demonstrative Verbrüderung mit dem Diktator Kim Jong Un, den der US-Präsident nach eigenen Worten „vom ersten Tag an mochte“, steht in scharfem Kontrast zu seinen aggressiven Drohungen an die Führung des Iran, der er vor wenigen Tagen mit „großer und überwältigender Härte“ bis zur Auslöschung drohte. Während Nordkorea nachweislich Atomraketen besitzt, hatte sich der Iran 2015 verpflichtet, im Gegenzug für wirtschaftliche Zusammenarbeit auf die weitere Entwicklung nuklearer Waffen zu verzichten. Das Abkommen hat Trump vor einem Jahr gekündigt. Nun will Teheran seinerseits in wenigen Tagen den damals vereinbarten Grenzwert für die Urananreicherung überschreiten. Trump erhöht den Druck durch Sanktionen und lässt europäische Firmen durch seinen Unterhändler Brian Hook warnen: „Sie können nicht mit den USA und dem Iran Geschäfte machen.“ Der scheinbar widersprüchliche Ansatz kennzeichnet Trumps Außenpolitik, die zu gleichen Teilen von Narzissmus und Geschäftssinn getrieben wird. Auch Kim Jong Un hatte er vor zwei Jahren mit „Feuer und Zorn“ gedroht und ihn als verrückten „Raketenmann“ beschimpft. Die Wende kam, als der Nordkoreaner zu Verhandlungen bereit war und Trump zu unschmelzeln begann. „Er hat mir eine wunderbare Geburtstagskarte geschickt“, schwärmte der US-Präsident vor wenigen Tagen. Der iranische Religionsführer Ajatollah Ali Chamenei hingegen hat den US-Präsidenten als „geistig zurückgeblieben“ verspottet. Im Grunde folgt

Trump's Verhalten gegenüber beiden Ländern aber demselben Drehbuch: Der Präsident will mit maximalem Druck Zugeständnisse erpressen, um sich dann als großer „Dealmaker“ feiern zu können.

Trotz der Schmeicheleien ist die Rechnung in Nordkorea bislang nicht aufgegangen. Zwar hat das Land auf Raketestests verzichtet, die angebliche Sprengung seines Atomtestgeländes ist jedoch nicht nachprüfbar. Mit der beim ersten Treffen der Staatschefs 2018 in Singapur vereinbarten Vernichtung des Atomarsenals wurde nicht einmal begonnen. Der US-Außenlandesheimdienst CIA ist nach Medienberichten überzeugt, dass der Diktator heimlich weiter an der Entwicklung von Waffensystemen arbeitet. Vor vier Monaten war ein zweiter Gipfel zwischen Kim und Trump in Hanoi gescheitert. Die jetzige dritte Begegnung priest Trump zwar in höchsten Tönen, doch ist unklar, ob den Fernsehbildern dieses Mal konkrete Taten folgen. Bislang haben man allenfalls atmosphärische Fortschritte erzielt, montierte Joseph Yun, der einstige Nordkorea-Beauftragte der Obama-Regierung, am Sonntag: „Ja, es stimmt, dass die Spannungen abgebaut wurden. Aber die Spannungen wurden doch erst verschärft durch ‚Feuer und Zorn‘ im Jahr 2017.“ Trump dürfte vorerst mit dem Foto von der gefährlichsten Grenze der Welt, der zwischen Nord- und Südkorea, zufrieden sein. Im Verhältnis zum Iran hingegen ist er noch nicht einmal so weit. Er wirkt konzeptlos, seine Taktik des Drucks hat die Mullahs nicht beeindruckt. Sondern er setzt Tagen zwischen Drohungen und Lockuren.

Beim G-20-Gipfel in Osaka wurde dieser Widerspruch besonders deutlich. Demonstrativ schob er den saudischen Kronprinzen Mohammed bin Salman, den die US-Geheimdienste für die bestialische Ermordung eines US-Journalisten verantwortlich machen, ins Zentrum des Geschehens und lobte ihn als einen Mann, der in den letzten fünf Jahren wirklich etwas getan hat.“ Das dürfte nicht nur Bürokratieverlängerer, sondern auch den Iran, dessen Erzfürst Saudi-Arabien ist. Das Weiße Haus betonte demonstrativ, dass Trump sich mit dem Kronprinzen über die „wachsende Bedrohung durch den Iran“ unterhalten habe.

Bei einer Pressekonferenz bastelte Trump kurz darauf an einer angeblichen Iran-Erfolgsgeschichte: Das Land sei sehr brutal gewesen, als irins Amt kam, sagte er. Das werde sich ändern. „Ich glaube, sie wollen einen Deal machen“, erklärte er. Anzeichen dafür gibt es derzeit nicht. Wie er auf die von Teheran angeforderte Überschreitung der Uranerzeugung reagieren werde, wollte ein Journalist wissen. „Das werden Sie sehen“, antwortete Trump. „Das ist alles, was ich sagen kann.“



„Nur zum Handschütteln und um Hallo zu sagen“: US-Präsident Donald Trump (l.) und Diktator Kim Jong Un an der Grenze. FOTO: XINHUA/DPA